

Gemeinsame Erklärung zum FOC Werl der Städte und Gemeinden

Arnsberg, Ahlen, Bergkamen, Bönen, Dortmund, Hagen, Hamm, Kamen,
Iserlohn, Lippstadt, Lüdenscheid, Lünen, Menden, Meschede,
Paderborn, Schwerte, Soest, Sundern, Unna, Warstein, Werne

Der Handel gehört neben Kultur und Bildung, Begegnung und Gastronomie, Arbeiten und Wohnen zum städtischen Leben. Er bestimmt in seinen vielfältigen Facetten in hohem Maße die Lebendigkeit und Attraktivität der urbanen Zentren. Die Vitalität und Qualität unserer Innenstädte ist in diesem Sinne die Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige, offene und integrative Stadtgesellschaft.

Zum Schutz dieser Strukturen haben bis heute 24 Städte in der Region (darunter auch die Stadt Werl) das Regionale Einzelhandelskonzept „Östliches Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche“ beschlossen. So konnten in den vergangenen Jahren die Ansiedlungsvorhaben zentrenrelevanter Sortimente auf der „Grünen Wiese“ weitgehend verhindert werden. Damit wurde die Gefährdung der Entwicklung des Einzelhandels in den entsprechenden kommunalen Zentren der Standortgemeinden ebenso wie in den benachbarten Innenstädten erfolgreich unterbunden. So haben z. B. die Städte Hamm, Lünen und Hagen (dort auf dem ehem. Brandt-Gelände) im Sinne dieses Konsenses auf die ursprünglich geplante Ansiedlung von FOCs verzichtet. Gleichzeitig haben weitere Städte in den Kreisen Hochsauerlandkreis, Kreis Soest und Märkischer Kreis ebenfalls eine gemeinsame Kooperation ins Leben gerufen, die zu einem REHK für Südwestfalen aufgebaut werden soll.

Wir betonen die große Bedeutung der regionalen Nachbarschaft und der regionalen Zusammenarbeit. Wir halten ein solidarisches, offenes und abgestimmtes Handeln der regional Verantwortlichen für dringend geboten, um zu verhindern, dass Investoren unsere Städte gegeneinander ausspielen. Auf dieser Basis stehen unsere Innenstädte miteinander in einem gesunden Wettbewerb um Köpfe und Konzepte. Das jetzt bekannt gewordene FOC-Vorhaben in Werl konterkariert diese gemeinsame Zielsetzung in ihren Grundfesten.

Wir lehnen es deshalb strikt ab, die Innenstädte und das funktionierende Geflecht der Groß-, Mittel- und Kleinstädte in der Region durch unbedachte und räumlich fehlgerichtete Ansiedlungsvorhaben zu gefährden oder sogar scheitern zu lassen.

Insbesondere würde bei dem geplanten FOC die zentrale Handelsfunktion der Innenstädte durch eine Konzentration der wichtigsten Leitsortimente außerhalb der Stadt infrage gestellt, wobei andere Funktionen und Bereiche (Dienstleistungen, Tourismus u.a.m.) in diese unvermeidliche Abwärtsspirale hineingezogen werden.

- Wir wenden uns gegen die Ansiedlung eines Factory-Outlet-Centers in Werl, durch das in den Nachbarkommunen die Urbanität der Innenstädte und Stadtteilzentren bedroht und die vielfältigen Einzelhandelsangebote reduziert oder z. T. vernichtet werden. Die Ansiedlung am falschen Ort und in falscher Dimensionierung konterkariert die Entschlossenheit, die Politik und Verwaltung in der Region in den letzten Jahren bei der Abstimmung der regionalen Ansiedlungspolitik ausgezeichnet hat.
- Wir fordern die Stadt Werl auf, die Grenzen ihrer kommunalen Planungshoheit anzuerkennen, die dort liegen, wo sie eindeutig zu Lasten der Nachbarn gehen, und die Planungen für ein FOC mit seinen nicht zu prognostizierenden Risiken für die Innenstädte einer ganzen Region einzustellen.

- Wir fordern die Stadt Werl auf, durch einen Verzicht von großflächigen Handelsansiedlungen außerhalb der Siedlungsbereiche zu einer Stärkung der lebendigen Innenstädte mit ihrer Versorgungsfunktion solidarisch beizutragen. In dieser Region darf kein kannibalisierender Wettbewerb ausgelöst werden, der am Ende allen Gemeinden schaden wird!
- Aus diesem Grunde fordern wir den Regionalrat der Bezirksregierung Arnsberg auf, kein regionalplanerisches Verfahren mit der Zielsetzung der Ausweisung einer Fläche für ein FOC in Werl einzuleiten.
- Mit der im Klageweg erzwungenen Genehmigung des FOC Ochtrup und den projektierten Ansiedlungen in Remscheid und Duisburg ist die Abwärtsspirale bereits in Gang gesetzt worden. Wir fordern die Landesregierung auf, unverzüglich die Weichen zu stellen für eine rahmengebende Gesetzgebung, die die Innenstädte gefährdende Großprojekte auf der "grünen Wiese" ausschließt.

Hamm, 28. November 2011

Stadt Arnsberg	_____	Stadt Lünen	_____
Stadt Ahlen	_____	Stadt Menden	_____
Stadt Bergkamen	_____	Stadt Meschede	_____
Gemeinde Bönen	_____	Stadt Paderborn	_____
Stadt Dortmund	_____	Stadt Schwerte	_____
Stadt Hagen	_____	Stadt Soest	_____
Stadt Hamm	_____	Stadt Sundern	_____
Stadt Iserlohn	_____	Kreisstadt Unna	_____
Stadt Kamen	_____	Stadt Warstein	_____
Stadt Lippstadt	_____	Stadt Werne	_____
		Stadt Lüdenscheid	_____